

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

03. – 09. Oktober 2026

Bei seinem Staatsbesuch in Paris am 8. und 9. Oktober 2026 hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron die Bedeutung der deutsch-französischen Partnerschaft für Europa **bekräftigt**. Beide Staatsoberhäupter, die 2027 aus dem Amt scheiden, betonten angesichts geopolitischer Krisen und gesellschaftlicher Polarisierung die Notwendigkeit, Demokratie und europäische Zusammenarbeit zu stärken. Steinmeier versicherte, Deutschland werde trotz politischer und wirtschaftlicher Veränderungen ein verlässlicher europäischer Partner bleiben. Mit Blick auf die Wahlerfolge der AfD und den wachsenden Einfluss der extremen Rechten in Frankreich unterstrich er, dass Deutschland nur als eng in die EU eingebundene europäische Nation erfolgreich sein könne. Macron bezeichnete die deutsch-französische Freundschaft als unverbrüchlich. Der Besuch war zugleich von persönlicher Verbundenheit und Abschiedsstimmung geprägt. Neben den politischen Gesprächen wurde ein neues Rahmenabkommen für das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) unterzeichnet. Damit wurde die dauerhafte Eingliederung des Deutsch-Französischen Bürgerfonds in das DFJW besiegelt. Zum Abschluss standen gemeinsame Besuche von Forschungs- und Verteidigungsstandorten in Bordeaux auf dem Programm.

Die Protestbewegung französischer Schüler und Studierender ist am 8. Oktober mit einer vierten Mobilisierungsrunde **fortgesetzt worden**. Nach Angaben des Innenministeriums gingen landesweit 71.500 Menschen auf die Straße, darunter 24.500 in Paris. Weitere 55.000 Jugendliche beteiligten sich an Aktionen vor Schulen. Sie fordern bessere Lernbedingungen und protestieren gegen Polizeigewalt. Die Demonstrationen verliefen überwiegend friedlich, wurden jedoch teilweise von Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften begleitet. Landesweit wurden 504 Personen festgenommen und 48 Polizisten und Gendarmen verletzt. In mehreren Städten kam es zudem zu Sachbeschädigungen und Angriffen auf Lehrkräfte und Schulleitungen. Das UN-Menschenrechtsbüro hat sich am 9. Oktober besorgt über die Vorfälle geäußert und zu friedlichen Demonstrationen sowie einem verhältnismäßigen Einsatz von Polizeigewalt aufgerufen. Bis Donnerstag, 17 Uhr, wurden laut Justizministerium mindestens 6.877 Menschen in Gewahrsam genommen, darunter 86 Prozent Minderjährige. Gegen 2.376 Personen, darunter 1.923 Minderjährige, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Angeichts der anhaltenden Schülerproteste hat Bildungsminister Édouard Geffray am 8. Oktober einen Sofortplan gegen den **Lehrermangel bei Vertretungen angekündigt**. Noch in den kommenden Stunden sollen rund 3.000 bislang falsch zugewiesene Vertretungslehrkräfte an die 514 besonders betroffenen Schulen wechseln, darunter 114 Gymnasien mit besonders dringendem und 400 mit erhöhtem Bedarf. Zusätzlich sollen die regionalen Schulbehörden mehrere Hundert Lehrkräfte einstellen dürfen und den Schulen zusätzliche Vertretungsstunden zur Verfügung gestellt werden. Die Maßnahmen sollen bis Jahresende mehrere Dutzend Millionen Euro kosten. Für den Bildungshaushalt 2027 stellte Geffray eine mögliche Aufstockung in Aussicht. Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht bislang zusätzliche Mittel von 1,2 Milliarden Euro vor, zugleich aber den Abbau von 1.588 Lehrerstellen. Die Forderungen der Schüler könnten erstmals Einfluss auf die Haushaltsplanung haben.

Die Abgeordneten der französischen Sozialistischen Partei (PS) haben einen Antrag auf **Ablehnung des Haushaltsentwurfs 2027 eingereicht**. Sollte dieser am Dienstag, dem 13. Oktober, angenommen werden, würde der Entwurf ohne vorherige Debatte direkt an den Senat weitergeleitet. Mit diesem Schritt wollen die Sozialisten ihre Ablehnung des von Premierminister Sébastien Lecornu vorgelegten Haushalts deutlich machen. Sie kritisieren, dass die geplanten Einsparungen vor allem die Kaufkraft der mittleren und unteren Einkommensgruppen sowie von Rentnern und Kranken belasteten. Zugleich wollen sie verhindern, dass die Haushaltsdebatte zu einer politischen Bühne für das Rassemblement National (RN) und La France insoumise (LFI) wird. Ob sie ihren Antrag tatsächlich zur Abstimmung stellen, ist noch offen. Für die Regierung könnte die Annahme der Motion mehrere Misstrauensanträge verhindern und Zeit für eine Überarbeitung des Haushalts gewinnen.

Am 8. Oktober stellte der Präsidentschaftskandidat Édouard Philippe zentrale Vorhaben seines Wahlprogramms für die Präsidentschaftswahl 2027 vor. Im Bereich der Familienpolitik kündigte er eine umfassende Reform der Familienleistungen an. Künftig sollen Familien bereits ab dem ersten Kind staatliche Unterstützung erhalten. Vorgesehen ist unter anderem ein einheitliches Kindergeld in Höhe von 350 Euro. Darüber hinaus schlägt Philippe für berufstätige Familien der Mittelschicht eine steuerliche Entlastung von insgesamt rund 3.000 Euro in den drei Jahren nach der Geburt eines Kindes vor. In der Migrationspolitik strebt Philippe eine Halbierung der legalen Zuwanderung an. Die Zahl der jährlich erteilten Aufenthaltstitel soll deutlich unter 200.000 gesenkt werden. Im Bereich der Rentenpolitik spricht er sich für eine schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre sowie eine Verlängerung der erforderlichen Beitragszeit auf 45 Jahre aus. Darüber hinaus hat Philippe das Ziel formuliert, das öffentliche Haushaltsdefizit bis zum Ende einer möglichen Amtszeit auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren. Erreichen will er dies insbesondere durch Einsparungen bei den Sozialausgaben und den Ausgaben der Gebietskörperschaften.

Die französische Medienaufsicht Arcom prüft eine stärkere Regulierung politischer Podcasts im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2027. Wie Arcom-Präsident Martin Ajdari am 3. Oktober erklärte, wurde dazu bereits eine Konsultation mit reichweitenstarken Content-Creatoren eingeleitet. Bislang unterliegen politische Interviews auf Onlineplattformen nicht denselben Vorgaben wie traditionelle Medien. Insbesondere gelten für sie keine verbindlichen Regeln zur politischen Ausgewogenheit, Fairness und Gleichbehandlung der Kandidaten bei der Sendezeit. Lediglich die gesetzliche Wahlkampf-Ruhephase ist zu beachten. Angesichts der teils millionenfachen Reichweite dieser Formate will die Behörde prüfen, welche Anforderungen an Transparenz und Fairness angemessen wären. Die möglichen neuen Regeln sollen auf die Besonderheiten digitaler Medien zugeschnitten sein.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Bruno Retailleau wirft Jean-Luc Mélenchon Mitverantwortung für den Tod von Quentin Deranque vor. Der konservative Senator und Präsidentschaftskandidat Bruno Retailleau hat in einem offenen Brief an den linkspopulistischen Politiker Jean-Luc Mélenchon schwere Vorwürfe erhoben. Der am 9. Oktober im *Figaro Magazine* veröffentlichte Brief ist Teil einer Serie von 18 Schreiben an französische Bürger. Darin macht Retailleau Mélenchon und dessen Umfeld politisch mitverantwortlich für den Tod des jungen Quentin Deranque, der am 14. Februar bei einem gewaltsamen Angriff ums Leben gekommen war. Er wirft Mélenchon vor, die linksradikale Gruppe Jeune Garde unterstützt und deren Gewalt verharmlost zu haben. Darüber hinaus kritisiert Retailleau Mélenchons Positionen zu Laizismus, Antisemitismus, Identitätspolitik und nationaler Einheit. Das Konzept einer „neuen Frankreich“, für das La France insoumise (LFI) stehe, bedeute seiner Ansicht nach eine Spaltung der Gesellschaft und eine Gefahr für die Republik. Retailleau erklärt Mélenchon ausdrücklich zu seinem politischen Hauptgegner und schließt eine Wahlempfehlung für LFI aus – auch im Fall einer Stichwahl gegen den Rassemblement National (RN).

DIE ZAHL DER WOCHE

12 bis 18

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0

Angesichts der gestiegenen Energiepreise infolge des Konflikts im Nahen Osten hat Premierminister Sébastien Lecornu weitere Maßnahmen angekündigt. Ab dem 1. November sollen über einen Zeitraum von drei Monaten zehn Millionen Barrel Diesel aus strategischen Reserven schrittweise auf den Markt gebracht werden. Die Bestände wurden vor dem Preisanstieg eingekauft und sollen zum Einstandspreis einschließlich Lagerkosten verkauft werden. Dadurch könnten die Preise an den Tankstellen um **12 bis 18 Cent pro Liter** sinken – vorausgesetzt, die Händler geben die Preisvorteile weiter. Das würde bei einer durchschnittlichen Tankfüllung einer Ersparnis von rund zehn Euro entsprechen. Die Maßnahme erfolgt im Rahmen einer breiteren Initiative der G7-Staaten, die ebenfalls strategische Ölreserven freigeben wollen. Zuvor hatte die Regierung bereits eine einmalige Unterstützung von 100 Euro für einkommensschwache Berufspendler mit hohem Kraftstoffbedarf verlängert und ausgeweitet. Darüber hinaus kündigte Lecornu an, dass die Strompreise im kommenden Winter nicht steigen sollten, ohne Einzelheiten zu nennen.